

religiöse Erziehung des Volkes zu fördern. — Daß den Gemeinden eine Betheiligung bei Anstellung der Lehrer an öffentlichen Volksschulen zugesichert ist, erscheint ebenso zweckmäßig, als der Billigkeit entsprechend. Denn die Mitglieder der Gemeinde müssen das, was ihnen das liebste ist, ihre Kinder dem Lehrer anvertrauen. Sie haben deshalb das nächste Interesse bei der Wahl des Lehrers, und da sie nur einen solchen Lehrer auswählen werden, von dessen Tüchtigkeit sie überzeugt sind und dem sie ihr volles Vertrauen schenken, so hat die Betheiligung der Gemeinde bei der Wahl des Lehrers noch die sehr gute Folge, daß der Lehrer von vornherein in ein freundliches und gutes Verhältnis zur Gemeinde zu stehen kommt, wodurch seine Wirksamkeit in der Schule und der Gemeinde gefördert wird. — Auch an eine bessere Stellung der Volksschullehrer ist in den Grundrechten gedacht. Die Lehrer sind zu Staatsdienern erhoben. Möge ihnen nun auch (was leider in den Grundrechten nicht steht) zu dieser höhern Stellung ein auskömmliches Gehalt und für die Tage des Alters eine anständige Pension in allen deutschen Staaten gewährt werden. — Durch die Bestimmung, daß sich jeder seinen Beruf wählen und sich dafür ausbilden kann, wie und wo er will, sind mancherlei Beschränkungen aufgehoben. Um zu einer Staatsprüfung zugelassen zu werden, mußte man früher nachweisen, daß man die bestimmten Anstalten die vorgeschriebene Zeit lang besucht, die bestimmte Anzahl Vorlesungen gehört hatte. Oft wurde sogar der Besuch einer bestimmten Anstalt verlangt. Was man gelernt hatte, darnach wurde vorläufig nicht gefragt. Künftig muß jeder, der sich darum meldet, zum Staatsexamen zugelassen werden. Im Examen hat der Candidat zu zeigen, ob er genug gelernt hat. Wo er es gelernt hat, ob auf Universitäten oder zu Hause, muß den Examinatoren gleichgültig sein. Es wird auch der Besuch auswärtiger Universitäten, Seminarien und anderer Lehranstalten von der Regierung nicht mehr verboten werden können.

### Bekanntmachung.

In dem Dienstbetriebe der Post-Anstalten sind zum Nachtheile des Publicums dadurch mannigfache Uebelstände herbeigeführt worden, daß die Aufgeber von Paceten den dazu gehörigen Begleitbrief noch in der Weise benutzt haben, um Geld oder Gegenstände von angegebenem Werthe in den Begleitbrief zu verpacken. Damit in dem Gesamt-Interesse des Publicums die erforderliche Klarheit im Postbetriebe aufrecht erhalten werde, sieht sich das General-Post-Amt zu der Bestimmung genöthigt, daß

zu Packet-Sendungen jeder Art, mithin auch zu Paceten mit angelegtem Werthe, zu recommandirten Paceten, zu Fässern, Beuteln und Kinen mit Geld u. s. w.

nur solche Begleitbriefe gehören dürfen, welche einen ledigen Frachtbrief ausmachen oder in einem gewöhnlichen Briefe bestehen, der kein Geld und keine anderen Gegenstände von angegebenem Werthe enthält.

Der Begleitbrief muß mit demselben Siegel versehen sein, mit welchem das Packet verschlossen ist.

Die Königlich und öffentlichen Behörden und das korrespondierende Publikum wollen diese Vorschrift genau beachten.

Berlin, den 17. März 1449.

General-Post-Amt.

### Deutschland.

\* **Frankfurt**, 28. März. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist ein bedeutungsvoller Beschluß gefaßt worden, — die Erbllichkeit der deutschen Kaiserwürde wurde mit einer Mehrheit von 4 Stimmen angenommen.

Nachdem zu §. 69 ein Amendement v. Dieskau's, welcher die ausübende Gewalt einem Präsidenten übertragen wissen will, verworfen ist, wird über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses: „Die Würde des Reichs-Oberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen“ abgestimmt.

Zahl der Stimmenden 534. Für den Antrag 279, dagegen 255. Drei Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten.

Hierauf kommt der §. 70. zur Abstimmung. Derselbe lautet: „Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannsstamm nach dem Rechte der Erstgeburt.“

Zahl der Stimmenden 530. Für den Antrag 267, dagegen 263.

In der heutigen Vormittags-Sitzung werden die Paragraphen 110 bis 130, sowie der Abschnitt über die Gewähr der Verfassung (§§. 197 bis 203) in der Fassung der zweiten Lesung angenommen, mit dem Unterschiede, daß bei §. 202 das suspensive Veto bei Veränderungen der Reichs-Verfassung, welches in der ersten Lesung nicht durchgedrungen war, auf Antrag der Minorität des Verfassungs-Ausschusses mit 272 gegen 243 Stimmen angenommen wurde.

Dieser §. lautet nun: „Abänderungen in der Reichs-Verfassung können nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichs-Oberhauptes erfolgen. Der Zustimmung des Reichs-Oberhauptes bedarf es nicht, wenn in drei sich un-

mittelbar folgenden ordentlichen Sitzungs-Perioden derselbe Reichstags-Beschluß ungeändert gefaßt worden. Eine ordentliche Sitzungs-Periode, welche nicht wenigstens 4 Wochen dauert, wird in dieser Reihenfolge nicht gezählt. Zu einem solchen Beschlusse bedarf es in jedem der beiden Häuser: 1) der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Anwesenden Mitglieder bei jeder der beiden Abstimmungen.“

**C Berlin**, 27. März. (Kammer-Verhandlungen.) In der Sitzung der ersten Kammer vom 24. wurde angezeigt, daß eine ministerielle Gesetzesvorlage über die Regelung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse binnen 14 Tagen erscheinen solle. Ein Antrag des Abgeordneten v. Schlieffen: Mittel zu erwägen, wie der Noth der Weber und Spinner in Schleien und Ravensberg abgeholfen werden könne, soll demnächst zur Berathung kommen. Zwei Entwürfe des Abgeordneten Leue über die Gerichts-Verfassung und die Criminal-Prozeß-Ordnung werden in die Abtheilungen verwiesen als Material bei der Berathung über die Gerichts-Organisation vom 2. und 3. Januar. Der Graf Dyhrn hat an den Minister des Auswärtigen die Interpellation gestellt: welche Stellung die Regierung gegenüber der österreichischen Politik in der deutschen Frage einzunehmen gedenke. Der Minister Graf Arnim erklärt: Preußen habe stets eine Verständigung der Regierungen mit der deutschen National-Versammlung in Frankfurt gefordert, diese Verständigung sei von Seiten Oesterreichs lange nicht erfolgt. Endlich mit der Note vom 27. v. Mts. habe Oesterreich diesen Weg betreten und darüber habe die preussische Regierung ihre Befriedigung ausgesprochen. Darin liege noch keineswegs, daß Preußen die österreichischen Vorschläge annehme, aber Oesterreich habe das Recht, Vorschläge zu machen. An eine Unterordnung Preußens unter Oesterreich werde nicht gedacht, die österreichische Regierung selbst habe erklärt, daß der Vorstoß im Bundesdirectorium zwischen Preußen und Oesterreich wechseln solle.

In der Sitzung der zweiten Kammer vom 24. war bei Fortsetzung der Adressdebatte die deutsche Frage an der Tagesordnung. Der Commissionsentwurf spricht sich für die Verständigung der Regierungen mit der National-Versammlung aus, erkennt die seitherige Politik der Regierung an und will die Bildung eines engeren Bundesstaates, im Falle einzelne Bundesglieder jetzt noch nicht der Einheit beitreten können. Ein Amendement des Abgeordneten d'Ostern verlangt eine deutsche Staatseinheit und fordert als erste Bedingung derselben die Befestigung der Volksrechte. Denselben Gedanken in etwas gemilderter Form hält das Amendement von Rodbertus fest. Der Abgeordnete Besenbeck spricht gegen den Commissionsentwurf, für den d'Ostern'schen Antrag, beklagt den Grundsatz der Vereinbarung, bekämpft die Kabinettpolitik in der deutschen Sache, will keinen Ausschluß Oesterreichs und verlangt unbedingte Unterwerfung der Regierungen unter Frankfurt, namentlich Anerkennung der Grundrechte. Gegen ihn spricht der Abgeordnete Heiland für den Entwurf und will den Standpunkt der Vereinbarung festgehalten wissen. Der Abgeordnete v. Berg ist für das Amendement Rodbertus und tadelt die preussische Politik als zu unentschieden. v. Viebahn rechtfertigt die preussische Politik und hebt hervor: Preußen wolle Oesterreich nicht ausschließen, könne es aber auch zum Beitritt nicht zwingen. Nachdem die Abgeordneten Neumann, Philipps und Blömer den Entwurf bekämpft und die Abgeordneten Camphausen und Carl denselben vertheidigt, so wie die Minister des Innern und des Auswärtigen Rechtfertigungen der seitherigen Politik gegeben, wird die weitere Debatte auf Montag vertagt.

In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde über den Antrag des Abgeordneten v. Schleinitz verhandelt: es jeder Gemeinde freizustellen, die Bürgerwehr einzuführen oder nicht und vorerst von der Einführung der Bürgerwehr im Großherzogthum Posen ganz Abstand zu nehmen. Die Abgeordneten Saegert, Beer, Moewes und Kuxer sprechen sich eben nicht sehr freundlich über das Institut der Bürgerwehr aus und heben mit grellen Farben die Mißbräuche hervor, zu denen dasselbe Veranlassung gegeben. Schließlich wird der Antrag, den nur die Abgeordneten Zenker und Sperling bekämpfen, mit großer Mehrheit angenommen.

In der zweiten Kammer wurde gestern die Verhandlung über die deutsche Frage fortgesetzt. Die Abgeordneten v. Auerwald und Ererplin vertheidigten den Entwurf, die Herren Rodbertus und v. Kirchmann sprachen dagegen und griffen die Minister an, von denen die Herren v. Manteuffel, Graf Arnim und Graf Brandenburg die Politik der Regierung vertheidigten. Der Referent v. Vincke erklärt, die neuerdings in der deutschen Frage befolgte Politik für zu unentschieden und zu unkräftig Oesterreich gegenüber. Bei der Abstimmung wurde der Commissionsantrag angenommen. —

**C Berlin**, 27. März. Noch täglich wiederholen sich die Gerüchte von einer eingetretenen Verlängerung des dänischen Waffenstillstandes bis zum 15. April. Unterdessen ist der General v. Prittwitz, welcher im bevorstehenden Kriege das Oberkommando führen soll, über Hamburg nach Schleswig abgegangen und die Reichstruppen eilen ihrer Bestimmung nach Schleswig-Holstein entgegen. — Am Sonnabend